

Hauchdünn

Hauchdünn - mit 71 zu 70 Stimmen - hat der Nationalrat gestern das SBB-Budget 1997 genehmigt, das ein Defizit von 153 Millionen Franken ausweist. Für die Ratsmehrheit sind die Einsparungen beim SBB-Personal zumutbar, zumal sie laut Verkehrsminister Leuenberger Entlassungen verhindern können.

Mit 95 zu 80 Stimmen abgelehnt wurde ein Rückweisungsantrag von Michel Beguelin (SPVD), der die geplanten Personaleinsparungen von 50 auf 24 Millionen Franken reduzieren wollte. Die Differenz ausgleichen wollte er durch die Anrechnung des vollen Vorsteuerabzugs bei der Mehrwertsteuer sowie durch die Reduktion der Honorare für auswärtige Gutachterstätigkeit. Beguelin ist Sekretär des Schweizerischen Eisenbahn- und Verkehrspersonalverbands (SEV).

Die 50 Millionen sollen nicht - wie ursprünglich geplant - mit einem linearen Lohnopfer eingespart werden, sondern mit Kürzungen bei Lohnerhöhungen, Orts- und Familienzulagen. Der Bund greife damit auf Rezepte der dreissiger Jahre zurück, kritisierte der designierte SEV-Präsident Ernst Leuenberger (SP/SO). „Haben denn die Gleismonteure eine falsche Verkehrspolitik gemacht?“

Als durchaus sozialverträglich bezeichnete dagegen Hansueli Raggenbass (CVP/TG) die Personaleinsparungen. Schliesslich liege gerade den SBB-Angestellten die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes stark am Herzen.

Verkehrsminister Moritz Leuenberger sagte, dank den Personaleinsparungen von 50 Millionen könne man von Entlassungen absehen. Im übrigen verliere der durchschnittliche SBB-Angestellte nichts – „es wird ihm etwas weniger zusätzlich gegeben als ursprünglich geplant“. Die Bürgerlichen richteten ihren Blick vor allem auf die besorgniserregende Finanzlage der SBB. Generell abgelehnt wurde das Budget von der EVP/ LdU-Fraktion; auch die SP entschied sich schliesslich für ein Nein.

Einen um 100 Millionen Franken gesenkten Fehlbetrag verlangte die SVP-Fraktion; auch dies wurde abgelehnt. Es dürfe nicht sein, dass nur das Personal blute, sagte Ulrich Giezendanner (SVP/ AG). Weitere Abstriche bei den Investitionen seien nicht zu verantworten, entgegnete Rudolf Steiner (FDP/SO) namens der Freisinnigen.

Mit 151 zu 12 Stimmen verworfen wurde weiter ein Rückweisungsantrag der Freipartei. Diese wollte u.a. den Bahnbetrieb auf den Verkehr zwischen den Zentren konzentrieren, den Agglomerationsverkehr auf die Hauptverkehrszeiten beschränken und den Bahnverkehr insbesondere in den Randregionen auf Bus- oder Taxidienste umstellen. Einen derartigen Kahlschlag wolle man eben gerade verhindern, bemerkte Bundesrat Leuenberger.

Berner Tagwacht, 3.12.1996.

SEV > Lohnabbau. Nationalrat. TW, 1996-12-03